

Newsletter der Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager und Fracking, 14. Januar 2014

Liebe Mitstreiterinnen und liebe Mitstreiter,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit den besten Wünschen für das neue Jahr melden wir uns zurück!

Weil es im letzten Jahr so gut angenommen wurde, haben wir wieder ein gemeinsames **Grünkohlessen** geplant!

Termin: Mittwoch 05. Februar 2014 um 18:30 im Dörpskrog Enge-Sande

Anfahrt: https://maps.google.de/maps?q=enge-sande+d%C3%B6rpskrog&ie=UTF-8&ei=j0_VUuGQG4LStQaUooEY&ved=0CAgQ_AUoAg

Kosten 14:00 pro Essen, wahlweise auch vegetarisch.

Verbindliche Anmeldungen bitte bis zum 26.01. über die Regionalgruppensprecher oder über unser Kontaktformular: http://www.kein-co2-endlager.de/index.php?option=com_wrapper&view=wrapper&Itemid=54

Neuer Vorstoß in Sachen CCS: Der Report des britischen liberaldemokratischen Europaabgeordneten Christopher Davies, der heute im europäischen Parlament in Straßburg zur Debatte und Abstimmung stand.

Zusammen mit zwölf weiteren Bürgerinitiativen in ganz Deutschland riefen die schleswig-holsteinischen CO2-Gegner die Europaabgeordneten öffentlich dazu auf, sich gegen die Davies-Empfehlungen zur Wiederbelebung und Förderung der CCS-Technologie auszusprechen. Unser Schreiben: <http://www.kein-co2-endlager.de/downloads/2014-08-01-Inis-an-EU-CCS.pdf>

Leider haben sich die EU Parlamentarier anders entschieden!

Der CO2-Verpressung sind somit Tür und Tor geöffnet, denn 2018 verlieren Landesgesetze ihre Wirkung!

„Europas Parlament fordert, dass nicht nur erneuerbare Energien gefördert werden, sondern auch CCS – und zwar gleichrangig. Konkret fordern die Parlamentarier von den EU-Mitgliedstaaten „Finanzierungsmechanismen entsprechend denen zur Förderung erneuerbarer Energien“. Und: Um ihre skeptischen Bevölkerungen zu überzeugen, müssten die Staaten „möglicherweise die Initiative ergreifen“

<http://www.taz.de/Europaparlament-fuer-CO2-Verpressung/!131010/>

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=a1&dig=2014%2F01%2F15%2Fa0014&cHash=011b0fd2f53deb4effb512e9369ae145>

Bergbau-Amt für Schleswig Holstein? Wir begrüßen den Vorstoß Robert Habecks zu prüfen, ob man die Aufgaben des LBEG (Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie Hannover) auf eine schleswig-holsteinische Behörde übertragen kann!

Diese Idee haben wir schon im August letzten Jahres vor dem Wirtschaftsausschuss vorgetragen. Es geht uns nicht darum, dass eine neue Behörde geschaffen wird, sondern unser Vorschlag beläuft sich darauf, die Aufgaben des LBEGs beim LLUR (Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume) anzusiedeln. Das LLUR hat sowieso schon eine geeignete Abteilung mit dem Namen *Geologie und Boden* und arbeitet an der Erstellung von 3D-Raummodellen für Schleswig-Holstein!

Mit freundlichem Gruß im Namen des Vorstandes der Bürgerinitiative
Karin Petersen

Unterstützen Sie uns und werden Sie Mitglied für einmalig 5€

http://www.kein-co2-endlager.de/index.php?option=com_wrapper&view=wrapper&Itemid=37

Zur Finanzierung von Materialien bittet die Bürgerinitiative um Spenden :

Unsere Spendenkonten / Konten für Mitgliedsbeiträge lauten:

VR Bank eG, Niebüll

IBAN DE86217635420007719019

BIC GENODEF1BDS

Nordostseesparkasse:

IBAN DE37217500000163503337

BIC NOLADE21NOS

Wir bedanken uns für Ihr Interesse und Ihre Mithilfe!